

Beschluss der Bundesvertreterversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands am 25. November 2023 in Kassel

Solidarität mit Israel

Nach den barbarischen Massakern der Terrororganisation Hamas am 7. Oktober in Israel, bei denen weit über 1200 Israelis und Bürgerinnen und Bürger anderer Staaten brutal abgeschlachtet und weit über 200 entführt wurden, gab es in unserem Land viele Solidaritätskundgebungen für Israel, es wurde die israelische Fahne an zahlreichen Rathäusern gehisst, den Opfern gedacht und den in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden Solidarität und Unterstützung zum Ausdruck gebracht.

Auch wir als Kommunalpolitische Vereinigung von CDU und CSU Deutschlands erklären unsere Solidarität mit Israel und seinen Menschen, sowie mit den in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden.

Die KPV Deutschlands fordert die sofortige und bedingungslose Freilassung aller in den Gaza-Streifen verschleppten Geiseln, damit diese umgehend zu ihren Familien und Freunden zurückkehren können.

Israel hat das selbstverständliche Recht, sich zu verteidigen und auch das Recht, die terroristischen Strukturen im Gaza-Streifen endgültig zu zerschlagen, damit die Menschen gerade im Süden Israels künftig wieder sicherer leben können und auch für die Palästinenser eine Perspektive ohne Unterdrückung durch die Hamas entstehen kann.

In den zurückliegenden Wochen hat es gerade auch in der Folge der berechtigten Verteidigung Israels gegen den Terror der Hamas Anfeindungen gegenüber Israel und antisemitische Übergriffe in Deutschland gegeben. Diese verurteilt die KPV Deutschlands auf das schärfste.

Es wird nicht verkannt, dass Opfer auf palästinensischer Seite, die beim notwendigen Vorgehen Israels zur Beendigung des Terrors ums Leben kommen, zu beklagen und zu betrauern sind. Ein Kind in Gaza ist nicht weniger wert. Bei allem Mitgefühl mit zivilen Opfern, die es bei Israels berechtigtem Kampf gegen den Terrorismus im Gaza-Streifen gibt, rechtfertigt nichts die Solidarität mit Judenhassern und den Feinden Israels. Die Verantwortung für die zivilen Opfer auf palästinensischer Seite trägt allein die Hamas.

Vor diesem Hintergrund begrüßt die KPV Deutschlands das gerade erfolgte Betätigungsverbot der Hamas und des Netzwerks Samidoun als wichtigen Schritt bei der Bekämpfung des israelbezogenen Antisemitismus und seinen verfestigten Strukturen.

Über das Verbot hinaus fordert die KPV, alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen bzw. zu schaffen, um Aufrufe, Sprachbilder und Symbole zu verbieten, die auf die Auslöschung Israels abzielen, wie z.B. der Ruf nach einem „freien Palästina vom Fluss bis zum Meer“ oder auch Chaibar-Gesänge, bei denen in Anlehnung an frühere Schlachten die Auslöschung jüdischen Lebens ausgerufen wird.

Gleichzeitig fordert die KPV Deutschlands die Bundesregierung und die Länder auf, alle aufenthaltsbezogenen Möglichkeiten zu nutzen und im Bedarfsfall zu schaffen, um die

Verbreiter von Haß und Hetze gegen Israel wie auch gegen Jüdisches Leben in Deutschland schnellstmöglich aus Deutschland ausweisen zu können bzw. bei Vorliegen einer ausländischen Staatsbürgerschaft zuvor auch die Aberkennung einer ggf. vorhandenen Deutschen Staatsbürgerschaft vollziehen zu können.

Die KPV Deutschlands steht fest an der Seite Israels und empfiehlt den Kommunen in Deutschland Partnerschaften mit israelischen Städten, Kreisen und Gemeinden, damit auch das Verständnis und das Wissen um das Leben und die Situation in Israel bei uns in Deutschland gestärkt werden kann.